



# Viraler Konjunkturreinbruch

**Gastbeitrag.** Traditionelle Konjunkturbelebungsmaßnahmen werden in der aktuellen Lage nicht wirken. Wichtig wäre, für Kurzarbeit zu sorgen.

VON HANNES ANDROSCH

Nach einigen Jahren besonders guter Wirtschaftsentwicklung, die vielen Ländern wie etwa der Schweiz, den Niederlanden oder Deutschland beträchtliche Budgetüberschüsse gebracht hat, trübt sich der Konjunkturhimmel nun ein. Bisherige Ursachen waren die renationalistischen Zielsetzungen der USA und Chinas mit „America first“ und „Made in China 2025“. Damit ver-

bunden waren Handelskriegsmaßnahmen in Form von Zollerhöhungen und Sanktionen, die gegen den freihandelsorientierten Multilateralismus gerichtet waren. Wichtige internationale Übereinkünfte wie die transpazifische Partnerschaft, das Iran-Abkommen oder das Pariser Klimaabkommen wurden von den USA aufgekündigt; andere wie etwa mit Europa (TTIP) kamen gar nicht erst zustande. Zu dieser weltwirtschaftlichen Fehlentwicklung sind nun die Turbulenzen rund um das Coronavirus Covid-19 hinzugekommen. Diese haben schwerwie-

gende Auswirkungen auf die weltweite Wirtschaftsentwicklung, vor-

allem aber auf China, Südkorea oder Japan sowie auf unsere unmittelbare Nachbarschaft wie insbesondere Italien.

Schon jetzt hat die OECD ihre Prognose für die heurige Wirtschaftsentwicklung halbiert. Doch selbst diese wird vermutlich noch zu optimistisch sein. Es ist längst noch nicht abzusehen, wie lang eine Eindämmung des Virus dau-

ert. Angesichts dieser Umstände ist es unverständlich, dass die Regierung realitätsfern erklärt, mit der Konjunktur sei alles in Ordnung.

### **Einbruch programmiert**

Jetzt schon ist offensichtlich, dass auch die österreichische Wirtschaft einen deutlichen Einbruch erleiden wird und entsprechende gegensteuernde Vorkehrungen sehr rasch getroffen werden müssen. Klar ist, dass die traditionellen Konjunkturbelebungsmaßnahmen wie eine Stimulierung der Investitionen und eine Stärkung der Nachfrage nicht wirken werden. Auch der Spielraum der Notenbanken ist stark eingeschränkt, weil die Zinsen bereits jetzt nahezu bei null liegen. Die Unterneh-

men werden zunehmend mit Unterauslastung konfrontiert sein, wie schon jetzt in der Luftfahrt oder im Tourismus deutlich wird. Damit verbunden ist eine Verschlechterung der Liquiditätssituation, sodass eine Welle von Konkursen mit entsprechender Kündigungswelle droht.

Daher ist es notwendig, in größerem Umfang für Kurzarbeit vorzusorgen und diese auch großzügiger auszustatten. Die dafür zur Verfügung stehenden 20 Millionen Euro sind zu wenig. Um Liquiditätsprobleme zu vermeiden, ist es dringend notwendig, die Steuervorauszahlungen auf unbestimmte Zeit zu verschieben und auch die Sozialversicherungsabgaben vorerst zu stunden. Haftungen können diese Aufgabe nicht erfüllen und sind daher bei Weitem zu wenig. Dass unter diesen Umständen die Zielsetzung eines budgetären Nulldefizits nur eine Inszenierung darstellt, ist offensichtlich.

**Dr. Hannes Androsch** (\*April 1938) war von 1970–81 Finanzminister im Kabinett Kreisky, danach Generaldirektor der Creditanstalt.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)